

Versuch und Scheitern einer taktischen Zivilisierung der extremen Rechten Der Konflikt zwischen NPD, „Freien Kameradschaften“ und „Autonomen Nationalisten“

von Andreas Klärner

Nach dem politischen Umbruch in der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989/90 kam es zu einer Welle fremdenfeindlicher Gewalttaten, die in der deutschen Geschichte seit 1945 beispiellos war. Die regierenden Parteien und die demokratische Öffentlichkeit reagierten mit einer Reihe von gesetzlichen und polizeilichen Maßnahmen gegen rechtsextreme Organisationen sowie mit Massendemonstrationen („Lichterketten“). Politik und Gesellschaft brachten damit die institutionelle und gesellschaftliche Missbilligung und Ächtung dieser exzessiven Gewalt zum Ausdruck. Die Forderung der Gewalttäter „Ausländer raus!“ wurde nicht erfüllt, allerdings wurde das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland Ende 1992 deutlich eingeschränkt. Die Zahl fremdenfeindlich und rechtsextrem motivierter Gewalttaten nahm daraufhin seit Mitte der 90er Jahre ab, blieb aber immer noch deutlich über dem Niveau der Zeit vor 1990. Im Jahr 2000 kam es dann wieder zu einem deutlichen Anstieg fremdenfeindlicher und auch antisemitischer Straf- und Gewalttaten. Der – bis heute nicht aufgeklärte – Düsseldorfer Rohrbombenanschlag im Juli 2000, bei dem neun russische Juden zum Teil schwer verletzt wurden, wurde als eine neue Qualität rechtsextremer Gewalt empfunden.¹ Er führte erneut zu einer Welle öffentlicher Empörung und einer Massendemonstration in Berlin. Das – später gescheiterte – NPD-Verbotsverfahren wurde eingeleitet. In den Folgejahren ging die Zahl der Gewalttaten wieder zurück. Doch seit 2006 erleben wir erneut einen Anstieg der Gewalttaten; die Vorfälle in Mügeln² im August

2007 und an anderen Orten zeugen davon.

Diese Konjunkturen fremdenfeindlicher, rechtsextrem motivierter Gewalt sind nur der *sichtbarste* Ausdruck für das Erstarken des Rechtsextremismus seit 1990. Während er in der Bundesrepublik bis 1989 vor allem von hierarchisch organisierten Vereinen und Parteien älterer Männer dominiert wurde, die ihre Politik wesentlich in Hinterzimmern betrieben und – mehr oder weniger – erfolglos an Wahlen teilnahmen, gewannen seit Anfang der 90er Jahre lose strukturierte, netzwerkartige Zusammenschlüsse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Bedeutung – „Freie Kameradschaften“, „Aktionsbüros“, „Nationaler Widerstand“ zählen zu diesem neuen, „aktionsorientierten“ Flügel des organisierten Rechtsextremismus. Diese Organisationen und Gruppierungen wählten immer öfter auch neue, *nicht gewalttätige, öffentlichkeitswirksame* Aktionsformen. Eine steigende Anzahl rechtsextremer Demonstrationen seit Ende der 90er Jahre, fast an jedem Wochenende stattfindende Skinheadkonzerte, Vortragsveranstaltungen und Propagandaaktionen zeugen von einer neu gewonnenen Dynamik des Rechtsextremismus.³ In der Forschung wird deshalb heute vielfach von einer sozialen Bewegung des Rechtsextremismus gesprochen. Die NPD als mittlerweile bedeutendste Partei des deutschen Rechtsextremismus hat mit einigem Erfolg versucht, Anschluss an diese Bewegung zu suchen und von ihr zu profitieren.

fest zu pogromartigen Ausschreitungen gegen eine Gruppe von Indern.

3 Vgl. auch Andreas Klärner, Fabian Virchow, „Wie modern ist die heutige extreme Rechte? Einige vorläufige Überlegungen“, in: Karl-Siebert Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Frankfurt am Main, New York 2008, S. 5.537–5.550.

Der Rechtsextremismus hat sich in den letzten 20 Jahren ständig verändert, und obwohl Gewalt nur eine der von Rechtsextremen praktizierten Aktionsformen ist, ist ihr Image in der Öffentlichkeit immer noch von dem Bild des Skinheads, der mit Springerstiefeln und Bomberjacke bekleidet und mit Baseballschläger bewaffnet auf „Ausländerjagd“ geht, geprägt. Doch diese „Vorzeige-Rechtsextremisten“ sind immer seltener zu finden. Viele Rechtsextremisten und überzeugte Neonazis distanzieren sich mittlerweile sogar öffentlich verbal von Gewalt und versuchen ihre eigene Anhängerschaft zu disziplinieren. Sie berufen sich sogar auf demokratische Prinzipien und gerieren sich nach außen als gesittete und zivilisierte Biedermänner. Die Öffentlichkeit ist von diesem Wandel überrascht und verunsichert. Rechtsextremisten, die Meinungsfreiheit und Toleranz fordern, die überzeugten Demokraten Intoleranz, gar „Faschismus“ vorwerfen, passen nicht in das medial verbreitete Klischee des dumpfen Nazi-Skinheads.

Rechtsextremismus als soziale Bewegung

Der Begriff „soziale Bewegung“ wird in der Politikwissenschaft und in der Soziologie verwendet, um kollektive Akteure zu charakterisieren, die auf längere Dauer angelegte Protestaktivitäten vorantreiben und in der Regel außerparlamentarisch agieren, wie etwa die Arbeiterbewegung, aber auch die Ökologie- und die Frauenbewegung.⁴ Seit Beginn der 90er Jahre wird in den Sozialwissenschaften darüber disku-

4 Vgl. Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*, Frankfurt am Main 1985; Dieter Rucht, *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt am Main, New York 1994.

1 Vgl. z. B. Jürgen Hogrefe u. a., „Jetzt sind Macher gefragt“, in: *Der Spiegel*, 32/2000, S. 22 ff.

2 In der Nacht zum 19. August 2007 kam es im sächsischen Mügeln nach einem Stadt-

tiert, ob auch der Rechtsextremismus eine soziale Bewegung darstellt.⁵

Die wichtigsten Charakteristika sozialer Bewegungen sind folgende:

Soziale Bewegungen streben einen grundlegenden sozialen Wandel an und sind nicht an einzelnen Reformen oder partiellen Veränderungen interessiert. Dieses Merkmal trifft auf die NPD und andere Rechtsextreme zu, die eine „Alternative“ zum bestehenden „System“ darstellen und dieses beseitigen wollen, um einen nach völkischen Prinzipien ausgerichteten Staat zu errichten.

Soziale Bewegungen haben eine nicht hierarchische, eher netzwerkartige Organisationsform; auch der heutige Rechtsextremismus ist polyzentrisch. Wahlparteien, „Freie Kameradschaften“, rechtsextreme Diskussionszirkel, Aktionsgemeinschaften, Splittergruppen etc. bilden ein Netzwerk rechtsextremer Organisationen, loser Zusammenschlüsse und Einzelpersonen.

Soziale Bewegungen verfügen über kein formalisiertes, für alle Anhänger verbindliches Programm. Konkrete Zielsetzungen werden nur selten formuliert, und auch die Vorstellungen über die angestrebte Neuordnung der Gesellschaft bleiben eher diffus. So führen die verschiedenen Formationen der rechtsextremen Szene teils erbiterte Auseinandersetzungen über inhaltliche und organisatorische Fragen. Zugleich kommt es, ausgehend von einem Grundkonsens, der auf diffusen „Leitbegriffe[n] wie Deutschland, Volk und Nation sowie auf [der] Forderung nach einem starken, durch Eliten geführten Staat mit ethnisch homogener Bevölkerung“ beruht,⁶ auf der Aktions- und Kommunikationsebene zu Kooperationen und Absprachen.

5 Vgl. Dieter Rucht, „Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung“, in: Thomas Grumke, Bernd Wagner (Hrsg.), *Handbuch Rechtsradikalismus*, Opladen 2002, S. 75–86; Armin Pfahl-Traughber, „Noch einmal: Rechtsextremismus als (neue) soziale Bewegung? Versuch einer Einschätzung vor dem Hintergrund der Situation Ende der 90er Jahre“, in: Frieder Dünkler, Bernd Geng (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Mönchengladbach 1999, S. 89–109.

6 Thomas Pfeiffer, *Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet*, Berlin 2002, S. 21.

Soziale Bewegungen verfügen über ein breites Repertoire von Aktionsformen und wenden vielfältige Mittel kollektiven und öffentlichen Protests an; dies trifft mittlerweile auch für den Rechtsextremismus zu. Neben der Gewalt haben Demonstrationen, Mahnwachen, Unterschriftenaktionen, die Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen etc. an Bedeutung gewonnen.

Die Mitgliedschaft in sozialen Bewegungen ist offen und formal kaum fixiert. Es ist jederzeit möglich, zu einer Bewegung zu stoßen oder sich wieder von ihr zu entfernen; dies gilt selbstverständlich für Parteien wie die NPD nur eingeschränkt, aber selbst in deren Jugendorganisation, den Jungen Nationaldemokraten (JN), ist die Fluktuation hoch. Andere Organisationen und Cliques von diffus rechtsextrem orientierten Jugendlichen sind offener.

Die rechtsextremen Akteure

Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Bewegung lässt sich mit einem Modell konzentrischer Kreise veranschaulichen.⁷ Im inneren Kreis, sozusagen im Kern der Bewegung, befinden sich die *Bewegungseliten* bzw. die *Kerngruppen*. Zu diesen gehören intellektuelle Kader, die ideologische Programme, Rechtfertigungsschriften, Handlungs- und Aktionskonzepte etc. entwerfen, und sogenannte Bewegungsunternehmer, die wichtige Organisations- und Leitungsfunktionen übernehmen.

Im zweiten Ring, der den Bewegungseliten am nächsten steht, befinden sich die *Basisaktivisten*, die regelmäßig an Demonstrationen und anderen Veranstaltungen teilnehmen und Aufgaben wie Plakate kleben, Bühnenaufbau und Ähnliches übernehmen. Auch sie investieren viel Zeit und mitunter Finanzmittel in die Bewegung, verfügen aber nicht über die herausgehobene Stellung der Bewegungseliten.

Im dritten Ring befinden sich *Unterstützer* der Bewegung, die beispielsweise Protesterklärungen unterzeichnen. Diese Gruppe bildet das Mobilisierungspotenzial im engeren Sinne.

Den vierten und äußersten Ring bilden die *Sympathisanten* der Bewe-

gung. Sie nehmen allenfalls in Ausnahmefällen an Aktionen teil, treten aber ideell für die Bewegung ein, indem sie etwa in persönlichen Gesprächen für deren Ziele einstehen und die Aktionen rechtfertigen.

Schaut man sich die bislang existierende empirische Forschung über rechtsextreme Akteure an, so finden sich dort vor allem Untersuchungen über jugendliche Straftäter, die wegen fremdenfeindlicher Gewalttaten verurteilt wurden, oder Studien über die Mitglieder gewaltaffiner, rechter Jugendcliquen.

Bislang in der Forschung nicht ausreichend berücksichtigt wurden dagegen Personen, die in rechtsextremen Parteien wie der NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten und in anderen Gruppierungen, etwa den rechtsextremen Kameradschaften oder Gruppierungen des sogenannten „Freien“ bzw. „Nationalen Widerstands“, organisiert und nicht offen gewalttätig sind. Dieses Defizit ist aus mehreren Gründen hinderlich für das Verständnis der Entwicklungen und Veränderungen des gegenwärtigen Rechtsextremismus.

Erstens sind die organisierten Rechtsextremisten die Träger der seit den 90er Jahren so dynamischen Entwicklungen, sie mobilisieren und rekrutieren Teilnehmer und Mitglieder, organisieren öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Demonstrationen usw.

Zweitens ist wenig bekannt über ihr Verhältnis zum Einsatz von Gewalt bzw. darüber, wie das Zusammenspiel von organisierten Rechtsextremen und wenig politisierten Gewalttätern funktioniert.⁸

Drittens basiert die gesellschaftliche Ablehnung des Rechtsextremismus vor allem auf der Abscheu gegenüber der ausgeübten, brutalen Gewalt. Treten Rechtsextremisten gewaltfrei auf, kann

8 Vgl. Martina Gaßner u. a., „Drei Studien: Zusammenfassung und praktische Konsequenzen“, in: Klaus Wahl (Hrsg.), *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*, Opladen 2003, S. 278 f. Die Autoren gehen davon aus, dass „die organisierten Rechtsextremisten [...] zumindest den ideologischen Kammerton der Szene bestimmen, der auch den persönlich wenig politisierten Gewalttätern den Schein einer sozialen Legitimation geben möchte“.

7 Vgl. Rucht, *Modernisierung*, S. 85 f.

es ihnen eher gelingen, Akzeptanz zu gewinnen und ihre Themen und Ziele im öffentlichen Diskurs zu verankern. Gerade für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist es daher bedeutsam, mehr über diese organisierten Rechtsextremisten, ihre politischen Ziele und ihre Stellung zur Gewalt zu erfahren.

Die rechtsextreme Szene in einer ostdeutschen Mittelstadt

In einer empirischen Feldstudie habe ich den Fokus auf die Kader und Aktivisten der Bewegung gelegt und nach den Entwicklungen und dynamischen Veränderungen des Rechtsextremismus seit 1990 und den Wechselwirkungen zwischen den Reaktionen der demokratischen Öffentlichkeit und den Aktionen der Rechtsextremisten gefragt. Dazu wurde eine Vielzahl von Forschungsinstrumenten (Beobachtungen, Interviews, Gruppendiskussionen etc.) miteinander kombiniert, um am lokalen Beispiel die Entwicklungen der Szene, ihre Strukturen, ihre Interaktion mit dem Umfeld der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu untersuchen. Ausgewählt wurde eine Universitätsstadt mittlerer Größe, der Untersuchungszeitraum lag zwischen Ende 2001 und Ende 2002.⁹ In dieser Stadt, A-Stadt¹⁰, gab und gibt es eine sehr aktive und differenzierte rechtsextreme Szene. Von Schlägercliquen, Mitgliedern der NPD, einer „Freien Kameradschaft“ bis hin zu einer kleinen Zahl rechtsextremer Burschenschaftler fanden sich dort viele Facetten des zeitgenössischen Rechtsextremismus. Etwa 50 bis 60 Personen lassen sich diesem Spektrum zurechnen. Bei zwei Demonstrationen in der Stadt im Untersuchungszeitraum konnten mit regionaler Unterstützung etwa 150 bis 200 Personen mobilisiert werden.

In A-Stadt entwickelte sich schon zu DDR-Zeiten, wie in anderen Städ-

ten der DDR auch, seit Mitte der 80er Jahre eine kleine rechtsextreme Jugendzene, die sich vor allem aus dem Umfeld der Fußballfans rekrutierte, dann aber auch aus jugendlichen Punkern, die, so ein Bericht der Antifa, „die Seiten wechselten“. Da sich Rechtsextremisten in der DDR nicht offen organisieren konnten, beschränkten sich ihre Aktivitäten, zumindest in A-Stadt, auf eine eher symbolisch zur Schau gestellte Opposition gegen den verordneten Antifaschismus des SED-Staats, indem etwa Nazisymbole zur Schau gestellt wurden oder auf offener Straße der Hitlergruß gezeigt wurde.

Im Zuge der „Wende“ agierten diese Jugendlichen dann offen und aggressiv. Schon Ende 1989 wurden dunkelhäutige Menschen und Vietnamesen auf offener Straße attackiert. Mehrfach kam es zu eher spontanen Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Jugendlichen, aber auch, wie ein NPD-Kader im Interview zugab, zu organisierten Angriffen mit Baseballschlägern von Rechtsextremen auf linke Jugendliche.

Im Laufe der 90er Jahre begann die rechtsextreme Szene in A-Stadt dann, sich stärker zu organisieren. 1994 wurde eine überregionale, auch in A-Stadt wirkende *Anti-Antifa-Organisation* gegründet, deren Ziel es war, politische Gegner systematisch anzugreifen oder einzuschüchtern. Sprengstofffunde im Umfeld dieser Organisation deuten darauf hin, dass terroristische Aktivitäten vorbereitet wurden. Aus dieser mittlerweile aufgelösten Organisation gingen die im Untersuchungszeitraum aktiven Gruppierungen des „Nationalen Widerstands A-Stadt“ und der 1999 gegründete Ortsverband der NPD hervor.

Nach den vor allem von Gewalttaten geprägten 90er Jahren ließen sich etwa seit Anfang/Mitte des Jahres 2000 ein Strategiewechsel und eine deutliche *Veränderung und Erweiterung des Repertoires der Aktionsformen* der rechtsextremen Szene beobachten. Am auffälligsten waren der ostentativ zur Schau gestellte Verzicht auf die Ausübung von Gewalt und die öffentlich geäußerte Distanzierung von Gewalt. Das geht hervor aus in dieser Zeit verbreiteten Flugblättern und Erklärungen der rechtsextremen Akteure sowie aus übereinstimmenden Informationen von Gewerkschaftern, Lokalpolitikern und der Polizei. Statt der Gewalt wur-

den andere Aktionsformen gewählt wie etwa Demonstrationen, Mahnwachen, Unterschriftenaktionen, die Beteiligung an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen usw. Gezielt versuchte die extreme Rechte in A-Stadt nun, *lokale soziale Probleme* aufzugreifen, anfangs noch etwas dilettantisch mit der Forderung nach mehr Straßenlaternen in schlecht beleuchteten Nebenstraßen, deutlich professioneller dann mit einer im Spätherbst 2001 gestarteten Kampagne für ein „nationales Jugendzentrum“.

Weiter lässt sich in der Außendarstellung der Szene eine Akzentverschiebung feststellen. War die Rhetorik der Rechtsextremen in A-Stadt in den 90er Jahren noch von einer aggressiven Frontstellung gegen „Linke“ und „Ausländer“ geprägt – auf damals verbreiteten Aufklebern und Flugblättern, die ich im Archiv der Antifa einsehen konnte, heißt es „Zecken klatschen!“ oder „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ –, so verzichteten sie etwa seit dem Jahr 2000 auf diese Konfrontation, in der sie verbal die Rolle des Täters übernahmen. Stattdessen stellten sie sich nun selbst als Opfer von Ausgrenzung und Diskriminierung dar, da sie beispielsweise keine Demonstration ohne Polizeischutz durchführen könnten oder ihnen der Zutritt zu den städtischen Jugendclubs verwehrt werde. Nach Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Jugendlichen auf dem Weihnachtsmarkt 1999, für die in der Lokalpresse die Rechten verantwortlich gemacht wurden, reagierten die Jungen Nationaldemokraten mit einem Flugblatt, in dem sie die rechten Jugendlichen in Schutz nahmen und schrieben: „Wer sind diese ‚Rechten‘ wirklich? *Es ist die Jugend, die keiner will.* Sie haben keine Clubräume oder sonstige Einrichtungen, die für sie da sind.“

Besonders betont wurde in den öffentlichen Äußerungen der Rechtsextremen nun die Berufung auf demokratische Spielregeln: „Meinungsfreiheit“ und „Gleichberechtigung“ müsse man auch ihnen, den „Rechten“, zugestehen, man sei, so in einer Presseerklärung der NPD, „zu Gesprächen bereit“.

Wie ernst ist der Gewaltverzicht gemeint? Haben sich mit der Berufung auf demokratische Werte auch die politischen Ziele der Rechtsextremisten verändert?

9 Vgl. Andreas Klärner, *Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten*, Hamburg 2008.

10 Ich nenne diese Stadt im Folgenden A-Stadt, da bei einer Offenlegung des Städtenamens die zugesicherte Anonymität der befragten Personen nicht gewahrt werden könnte.

Für die Beantwortung dieser Frage sind die Interviews eine wichtige Quelle. Unter den Interviewten befanden sich drei Personen, die der lokalen „Bewegungselite“ zuzurechnen sind, also den Personen, die die politische Richtung vorgeben, Aktionen planen und organisieren: Peter, Führungsperson der NPD, Rene, führender Kopf des „Nationalen Widerstands“, und Michael, Mitglied einer rechtsextremen Burschenschaft. Markus, Lars, Lena und Martina zählen zu den Basisaktivisten, sie kleben Plakate, mobilisieren für Demonstrationen, übernehmen aber keine Führungsaufgaben. Ronny und Sven sind dem gewaltaffinen Sympathisantenumfeld zuzurechnen, sie nehmen nur in Ausnahmefällen an Aktionen teil, begreifen sich aber trotzdem als politische „Kämpfer“ im „Rassenkrieg“, gegen „Ausländer“ und „den Staat“.

Anhand der Interviews lässt sich zeigen, dass der Strategiewechsel seit 2000 und der Gewaltverzicht von den lokalen Kadern bewusst inszeniert und durchgesetzt wurden. Die Entscheidung zum Verzicht auf die Ausübung von Gewalt und der Versuch, die eigene Anhängerschaft zu disziplinieren und von Gewalttaten abzuhalten, beruhten auf taktischen Überlegungen. Aus den Interviews wird deutlich, dass die Rechtsextremen sich von der steigenden gesellschaftlichen Ausgrenzung und Marginalisierung, die sich in negativen Berichten in der Lokalpresse, aber auch in Demonstrationen und Gegenaktionen aktiver demokratischer Gruppierungen zeigte, deutlich unter Druck gesetzt sahen. So berichtet der NPD-Funktionär Peter von Parteilchungen, in denen „wir massiv drauf hingewiesen [wurden], dass wir unsre Leute versuchen im Griff zu halten und halt den Leuten auch sagen, dass Gewalt der falsche Weg ist“. Diese Wendung wird von den Basisaktivisten, die teilweise aus dem Milieu der gewalttätigen Sympathisanten und Unterstützer kommen, mitgetragen und *auch* von den Angehörigen des Schlägermilieus bzw. des gewaltbereiten Sympathisantenumfelds aufgenommen.

Dieser Prozess kann mit dem Ausdruck der „taktischen Zivilisierung“ bezeichnet werden, denn es lässt sich anhand der Interviews zeigen, dass die politischen Ziele und Visionen der Interviewten keineswegs gemäßigt

sind. Die Interviewten sind sich einig in einem Wunsch nach einer völligen Neuordnung aller Lebensbereiche, der Abrechnung mit einer Gesellschaft, die – so Rene im Interview – „fast nur noch aus Konsumieren und [...] Vorsich-hin-Siechen“ bestehe. Sie hoffen wie Sven oder Rene auf einen „Bürgerkrieg“, oder wie Markus sich ausdrückt: „Also wir sagen ja immer, am Tage X zur Stunde 0 wird die Veränderung kommen, also *der Umsturz*, sagen wir immer.“ Weiter stimmen sie überein in dem Wunsch und der Forderung nach Herstellung und Realisierung einer ethnisch und kulturell homogenen „Volksgemeinschaft“.

Solche Forderungen – und das muss man deutlich sagen, auch wenn die Interviewten es bis auf Ronny und Sven nicht aussprechen – ließen sich nur durch Gewalt, durch Massendeportationen, -verhaftungen und -morde, unter Einsatz von Hunderttausenden von „Helfern“ durchsetzen.

In der Bevölkerung finden derart radikale Politikvorstellungen zurzeit keine Akzeptanz. Die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber militanten und gewaltförmigen Aktionen macht eine Mäßigung im öffentlichen Auftreten der rechtsextremen Akteure nötig, wollen sie Akzeptanz und Zugang zu den Foren etablierter Politik gewinnen. Gleichzeitig müssen die rechtsextremen Organisationen und Kader jedoch den Anspruch, eine radikale Alternative zum bestehenden politischen und gesellschaftlichen System zu sein, nach innen und außen aufrechterhalten. Diese Gleichzeitigkeit von rhetorischer Mäßigung, taktischer Zivilisierung auf der einen Seite und radikalen Visionen und einem Umsturzversprechen auf der anderen Seite führt immer wieder zu Spannungen im rechtsextremen Lager selbst und zu Auseinandersetzungen über Strategie und Taktik. Es gibt hier ein doppeltes Ambivalenzproblem: einmal nach innen und einmal nach außen. Nach außen sind die Akteure, wollen sie politisch handeln, auf öffentliche Anerkennung angewiesen, die in hohem Maße durch die breite gesellschaftliche Ablehnung gewalttätiger Aktionsformen blockiert wird. Sie sind deshalb zur Tarnung ihrer eigentlichen Ziele und Visionen gezwungen und müssen ihre Abkehr von der Gewalt glaubhaft machen. Gleichzeitig muss aber der Anspruch aufrechterhalten

werden, eine radikale Alternative zum bestehenden System zu sein, und dies muss auch immer wieder nach außen demonstriert werden. Diese *Ambivalenzen im Auftreten nach außen* führen zu einem Glaubwürdigkeitsproblem: Die Wandlung ist wenig überzeugend und kann leicht als Tarnung entlarvt werden. Auch nach innen, innerhalb der eigenen Anhängerschaft, führt das ambivalente Changieren zwischen taktischer Mäßigung und radikalem Umsturzversprechen zu Problemen. Die Anhänger müssen dazu veranlasst werden, gewalttätiges Handeln zu unterlassen, ordentlich und diszipliniert aufzutreten, um so Akzeptanz gewinnen zu können. Gleichzeitig kann die eigene Anhängerschaft nur mit dem Versprechen auf eine radikale Veränderung der Gesellschaft an die Bewegung gebunden werden. Dieses strukturelle Problem führt immer wieder zu Konflikten zwischen einem gemäßigten, „realpolitisch“ orientierten Flügel und einem radikalen, „fundamentalistischen“ Flügel, dem die notwendige Mäßigung zu weitgehend und als „Verrat“ an den eigenen Idealen erscheint.

Ausblick

Diese Entwicklungen lassen sich auch am Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und an neueren Vorgängen in der rechtsextremen Szene aufzeigen. Nachdem die NPD bei den sächsischen Landtagswahlen im September 2004 mit 9,2 Prozent der Wählerstimmen den Einzug in den Landtag geschafft hatte, gelang der Partei zwei Jahre später, im September 2006, mit 7,3 Prozent auch der Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Zwei Vorbedingungen waren für diesen Erfolg ausschlaggebend:¹¹ Zum einen ermöglichte die finanzielle und personelle Hilfe des sächsischen Landesverbandes einen professionellen Wahlkampf mit Plakataktionen in der gesamten Breite des Landes, auch die neuen Medien, das Internet, Wahlkampfwerbespots in Radio und Fernsehen etc. kamen zum Einsatz. Zum anderen sorgte ein Masseneintritt von

¹¹ Vgl. Reiner Burger, „Mit ‚Kameradschaften‘ in den Landtag“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 19.9.2006, S. 9.

„freien Nationalisten“, Anhängern der „Freien Kameradschaften“ dafür, dass die Partei tatsächlich kampagnenfähig war und Plakatieraktionen, Info-Stände und andere Wahlkampfveranstaltungen in großer Zahl mit „eigenen“ Leuten durchführen konnte. Die „freien Nationalisten“ wurden mit vorderen Listenplätzen belohnt, und nun sitzen zwei NPD-Mitglieder in der Landtagsfraktion, die entweder selbst aus der Kameradschaftsszene stammen oder sehr gute Kontakte zu ihr pflegen.¹²

Noch ein weiterer Punkt ist von Bedeutung: Die NPD hat mit ihren Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, dass sich mit gemäßigter, populistischer Propaganda und dem Versuch, sich bürgerlich zu geben und regional zu verankern, Wahlerfolge erzielen lassen. Diese Wahlen wurden mit einer Anti-Hartz-IV-Kampagne und einem „bürgerlichen“ Auftreten gewonnen, das auf Provokationen oder gewalttätige Übergriffe verzichtete. Mit dem Versprechen auf diese Wahlerfolge, mit dem Wecken von – unrealistischen – Hoffnungen auf drastische Veränderungen nach dem Einzug in das Parlament ließ sich die Anhängerschaft zumindest für kurze Zeit ruhig stellen. Dies wirkte sich auch auf die unorganisierten Gruppen gewaltaffiner, jugendlicher Sympathisanten und Mitläufer aus.

Mittlerweile zeigt sich aber, und dies wird die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen des Rechtsextremismus prägen, dass diese Wahlerfolge ohne sichtbare Auswirkungen blieben – die von den Anhängern erträumte „nationale Revolution“ ist keinen Schritt näher gerückt, die Hartz-IV-Gesetze sind immer noch in Kraft, ein paar Anhänger haben Jobs als Mitarbeiter in den Landtagsfraktionen bekommen, der große Rest ging aber leer aus. Angesichts der geweckten Euphorie steigt nun auch der Unmut in der Anhängerschaft, und die Überzeugung, mit Mäßigung und zivilem Auftreten die eigenen Ziele erreichen zu können, schwindet. Ein

Ende der Zurückhaltung, der Anstieg der Gewalt und eine deutliche Radikalisierung sind die Folge. Dies ließ sich bereits 2006 beobachten: Den Zahlen des Bundeskriminalamtes zufolge hat es im Jahr 2006 einen drastischen Anstieg rechtsextrem motivierter Gewalttaten gegeben; auch die Zahlen für 2007 und 2008 zeigen einen deutlichen Anstieg. So wie es aussieht, gelingt es den Kadern von NPD und Freien Kameradschaften nicht mehr, ihr Umfeld zu disziplinieren; sondern die NPD durchläuft einen Radikalisierungsschub und muss nun auf neue Weise den Spagat zwischen Militanz und Bürgerlichkeit, oder besser: quasibürgerlichem und gemäßigtem Auftreten, aufführen. Das sieht man deutlich an den Versuchen der NPD-Parteiführung, sich von den Anhängern der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ zu distanzieren. Diese treten seit zwei, drei Jahren immer häufiger bei Demonstrationen von „Freien Kameradschaften“ und der NPD auf. Ihre jugendlichen Anhänger ähneln in Kleidungsstil, Habitus, Auftreten und sogar in den Parolen dem linken Gegner, der Antifa bzw. dem sogenannten „Schwarzen Block“. Diese „Autonomen Nationalisten“ oder der „nationalistische black block“, manchmal auch NSBB (national-socialist black bloc) genannt, setzen sich aus besonders militanten und aggressiven Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammen, die zum einen die Konfrontation mit der Antifa suchen, sich aber auch gegen die Polizei und deren Ordnungsaufgaben wenden. Damit stellen sie sich gegen einen seit Ende der 1990er Jahre in der rechtsextremen Szene geltenden Konsens, nach dem Demonstrationen unter allen Umständen geordnet und diszipliniert abzulaufen haben. Sie stellen sich damit auch offen gegen die bislang recht erfolgreichen Versuche der „taktischen Zivilisierung“ des organisierten Rechtsextremismus.

Die „Autonomen Nationalisten“ haben seit einiger Zeit starken Zulauf. Teile der NPD-Führung, die auf ein Biedermann-Image setzen, fühlen sich durch das Auftreten des „Schwarzen Blocks“ aber in ihren Bemühungen gestört. Nachdem es am 9. Juli 2007 bei einer Demonstration der NPD in Frankfurt am Main zu Auseinandersetzungen zwischen NPD-Ordnern und „Autonomen Nationalisten“ gekommen war, weil Letztere sich weigerten,

Sonnenbrillen und Baseballkappen wie von der Polizei gefordert abzusetzen, und NPD-Ordner dies dann handgreiflich gegenüber den „Autonomen“ durchsetzten, reagierte das Parteipräsidium der NPD am 15. August 2007 mit einer Erklärung „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht!“. Darin wurde der „Schwarze Block“ als „anarchistische Erscheinungsform“ bezeichnet. Ihr folgte ein Aufschrei der Empörung in den Internetdiskussionsforen der rechtsextremen Szene. Viele Kommentatoren solidarisierten sich mit den „Autonomen Nationalisten“, auch wenn sie deren Auftreten vorher selbst kritisiert hatten.

Viele „freie Nationalisten“, die in den Jahren oder Monaten davor in die NPD eingetreten waren, kündigten an, wieder aus der NPD auszutreten, wenn diese sich den „Bonzen des Establishments“ so annäherte. Nur wenige Wochen später versuchte sich das Präsidium der NPD vorsichtig von der ersten Erklärung abzusetzen und sprach von „Missverständnissen“. Am 15. September 2007 kam es dann zu einer neuerlichen, mehr als überraschenden Wende, als beim Auftakt für den Wahlkampf in Niedersachsen nicht nur Redner der NPD, sondern mit Christian Worch und Dieter Riefing auch zwei sehr prominente Vertreter der „freien Nationalisten“ auftraten. Nachdem aber das Ergebnis der Wahl in Niedersachsen mit 1,5 Prozent, verglichen mit den Hoffnungen, die man sich gemacht hatte (besonders kühne Optimisten hatten mit 11 Prozent gerechnet), sehr enttäuschend ausfiel, machten „autonome“ und „freie“ Nationalisten dafür den „Schlingerkurs“ der NPD verantwortlich.

Mittlerweile scheint sich abzuzeichnen, dass die militanten Kräfte des Rechtsextremismus wieder stärkeren Einfluss gewonnen haben, unter anderem genährt von den Erfolgen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, und dass auch der fundamentaloppositionelle, radikale Flügel der NPD wieder an Gewicht gewinnt.¹³ Die „taktische Zivilisierung“

12 Vgl. Gudrun Heinrich, Arne Lehmann, „Zwischen Provokation und Systemfeindschaft – Die NPD“, in: Steffen Schoon, Nikolaus Werz (Hrsg.), *Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler*, Universität Rostock 2006, S. 67–77.

13 Vgl. Thomas Grumke, Andreas Klärner, *Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990*, Berlin 2006, S. 20–44.

wird zunehmend infrage gestellt,¹⁴ und dies wird Auswirkungen auch auf das Sympathisantenumfeld der rechtsextremen Szene haben. Die Geschichte des Rechtsextremismus seit 1989/90 zeigt, dass rechtsextreme Gewalt immer dann zurückging, wenn es eine breite öffentliche Debatte und eine gesellschaftliche Ächtung des Rechtsextremismus gab. Es ist heute wieder an der Zeit, dass es zu einer entschiedenen Reaktion von Politikern, der Polizei und der Justiz sowie zu einer deutlich zum Ausdruck gebrachten Missbilligung fremdenfeindlicher Gewalt und rechtsextremer Positionen durch die Bevölkerung kommt, mit der die Rechtsextremisten wieder in ihre Schranken verwiesen werden. Ansonsten müssen wir mit einem weiteren Anstieg der Gewalttaten und einer weiteren Radikalisierung der rechtsextremen Szene rechnen.

Andreas Klärner, Jg. 1970, Dr. phil., Soziologe, 2001 bis 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung, derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Veröffentlichungen u. a.: *Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten*, Hamburg 2008; *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg 2006 (hrsg. gemeinsam mit Michael Kohlstruck); *Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik*, Berlin 2006 (gemeinsam mit Thomas Grumke).

¹⁴ Eine Fortsetzung fand die Auseinandersetzung zwischen dem fundamentalistischen und dem realpolitischen Flügel der extremen Rechten, nachdem bei der Beerdigung von Friedhelm Busse, dem ehemaligen Vorsitzenden der neonazistischen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Thomas Wulff, Ex-Bundesvorstandsmitglied der NPD, eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz über dem Sarg von Busse ausgebreitet hatte. Als über diese Aktion in den Medien berichtet wurde, distanzierte sich die NPD-Bundesführung davon, was wiederum von Teilen des militanten Flügels heftig kritisiert wurde. Vgl. Patrick Gensing, „Spaltet eine Hakenkreuzfahne die ‚Volksfront von rechts?“, in: NPD-Blog, 5.8.2008, online: <http://npd-blog.info/?p=2000> [17.8.2008].

Pädagogik und historisch-politische Bildung Gewalt als Problem der Prävention und Intervention in pädagogischen Settings

von Christa Kaletsch

„Wir würden am Kirmeswochenende bestimmt nicht in den Ort gehen, und die Gaststätte X ist für uns an allen Tagen tabu“, berichten nicht-rechte Jugendliche aus verschiedenen Orten im ländlichen Raum (Hessens). Fast selbstverständlich erklären sie ihre Strategie damit, ansonsten Gefahr zu laufen, wegen ihrer „undeutschen Haltung“ verbal – aber auch nonverbal – attackiert zu werden. „Ach, im Alltag achten wir schon darauf, dass man uns nicht als Juden erkennt“, berichten junge Erwachsene. „Meine Mutter spricht im Supermarkt nicht – wegen ihrem französischen Akzent. Da hat sie schon schlechte Erfahrungen gemacht“, erzählen Gymnasiastinnen aus einer hessischen Kleinstadt.¹ Allesamt unschöne Momente, aber ist es angemessen, bei den genannten Beispielen den Begriff der Gewalt anzuwenden und die Situationen entsprechend als gewaltbesetzt zu bewerten?

Die „Unabhängige Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ (kurz: Gewaltkommission) hat ein anderes Konzept. Nach deren Definition wird Gewalt als

„zielgerichtete, direkte physische Schädigung von Menschen durch Menschen“ verstanden.²

Trotz ihrer Eindeutigkeit löst diese Definition jedoch nicht nur in Trainings- und Beratungssettings lebhaft Diskussionen aus, was zu begrüßen ist. Als zu „eng“ und wesentliche Aspekte ausklammernd wird sie auch in Fachkreisen kritisiert. So werden die Dimensionen psychischer, kultureller und struktureller Gewalt nicht erfasst, und durch die Fokussierung auf die Interaktion zwischen Schädiger (Täter) und Geschädigten (Opfer) wird die Ebene der Zuschauer (= potenzielle Ermöglicher oder Verhinderer) ausgeklammert.

Insbesondere im Kontext pädagogischer Arbeit (Jugend- und Erwachsenenbildung) ist es hilfreich, für einen weiten – die vielfachen Dimensionen von Gewalt berücksichtigenden – Gewaltbegriff zu sensibilisieren und immer das Zusammenspiel von Täter, Opfer und Zuschauer im Blick zu behalten. Das gilt übrigens besonders dann, wenn einer der erwähnten drei Akteure zunächst nicht sichtbar ist. Vertreter der rechten Clique müssen nicht direkt hinter ihr in der Kassenschlange stehen,

¹ Die Liste der Beispiele ließe sich leicht fortsetzen. Sie zeigen einen Ausschnitt aus der Trainings- und Beratungsarbeit zum Thema „Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen“.

² Zit. nach Wilhelm Heitmeyer, Monika Schrötle (Hrsg.), *Gewalt. Beschreibung, Analyse, Prävention*, Bonn 2006, Einleitung, S. 15.

Christlich-jüdischer Dialog Medien - Materialien - Informationen

Evangelischer Arbeitskreis Kirche und Israel
in Hessen und Nassau

www.Lomdim.de

Die Lernenden

